

Kongress „Es reicht! Für alle!“ Kinderarmut: Wir klagen an!

Sie gehen zum ECE einkaufen und sehen einen ganz tollen Pullover, für nur 43 €! Ein Schnäppchen – also kaufen Sie ihn. Frage: Wie lang muss in einer Hartz-IV-Familie dieser Betrag für das Essen des 13jährigen Sohnes reichen? Sind es vier Tage oder sieben oder gar 14 Tage? Sie wissen schon, 14 ist die richtige Antwort.

Solche und ähnlich Frage stelle ich bei Vorträgen; nicht für das schlechte Gewissen, sondern wegen der Anschaulichkeit. Viele Menschen haben keine Vorstellung über die Folgen der Armut. Die Antworten zeugen davon. Sie wissen inzwischen sicher auch, dass ein Kind in einer armen Familie statistisch zehn Jahre kürzer leben wird als ein Kind in sicheren Verhältnissen. Und natürlich wissen Sie auch, dass der Satz „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ nicht in der Bibel und auch nicht im Kommunistischen Manifest steht, sondern ...?

Die eigentlich spannende Frage bei der Betrachtung der ständig steigenden Kinderarmut ist aber: Wer möchte sie überhaupt beseitigen? Wer hat denn ein Interesse an der Abschaffung der Armut und damit ihrer verheerenden Folgen? Das ist kein Quiz mehr, sondern die Grundlage für unsere persönliche Strategie. Aber der Reihe nach.

Deutschland ist Spitze. Die OECD hat kürzlich errechnet: In keinem anderen Land der Organisation – immerhin sind es 34 in Europa, Nordamerika und Japan – ist die Armut und auch die Ungleichheit so stark angestiegen in den letzten Jahren wie in Deutschland. Und dazu passt wie die Faust aufs Auge, was der Sozialwissenschaftler Heitmeyer und KollegInnen kürzlich als Hauptergebnis ihrer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland publiziert haben: Gerade bei Gutverdienenden nehmen unzivilisierte, intolerante und verrohte Einstellungen zu.

Nun werfen Oppositionspolitiker der Regierung oft Versagen vor angesichts solcher Daten – vollkommen zu Unrecht! Im Gegenteil: Die Bundesregierung ist hoch effektiv bei der Umverteilung von unten nach oben. Der Preis dieser Politik ist dann eben Armut: Familien- und Kinderarmut. Der Preis ist auch die systematische Benachteiligung und die Einschränkung von Lebenschancen von Millionen von Kindern.

Anklage

In meiner beruflichen Tätigkeit hatte ich oft mit Jugendlichen zu tun, die angeklagt waren, weil sie etwas geklaut hatten. Warum wird eigentlich keine Anklage erhoben gegen die Verantwortlichen, wenn sie systematisch und im vollen Wissen um die Folgen Millionen von Kindern Lebenschancen rauben? Natürlich weiß ich, dass das vollkommen unjuristisch gedacht und illusionär ist, dennoch ist es mir ernst: Ich klage die Bundesregierung an:

1. Der systematischen Kindeswohlgefährdung: Es ist erwiesen und auch in allen Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung nachzulesen, dass Armut Kinder krank macht, zu massivem Bildungsmangel führt, dass sie für ihr Leben gehandicapt sind. Es ist ebenso erwiesen, dass Kinder die wachsende Kluft in der Gesellschaft nicht aushalten. Die Bundesregierung führt dennoch die Kindeswohlgefährdung aktiv durch viele Gesetze herbei.

2. Der Missachtung der Verfassung: Sozialer Rechtsstaat wird derzeit reduziert auf Existenzsicherung auf unterstem Niveau. Eigentlich bedeutet er aber die Verpflichtung für den Staat, aktiv durch die Gesetzgebung soziale Gegensätze und Ungleichheit auszugleichen. Und ebenso die Verpflichtung, dafür zu Sorgen, dass Grundrechte nicht nach Maßgabe des Geldbeutels gewährt werden. Offensichtlich gilt die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ nicht für Hartz-IV-Kinder. Nach dem Grundgesetz darf die soziale Herkunft nicht zur Diskriminierung führen – aber im neofeudalen Deutschland nimmt die Bundesregierung hin, dass der soziale Ort der Geburt über das Leben entscheidet.

3. Abbau der Demokratie: Kürzlich sagte der Ex-MdB Gert Weißkirchen in Karlsruhe: „In unserer Gesellschaft wird doch Demokratie nur noch vorgegaukelt und die gesellschaftliche Teilhabe auf den Meinungs Austausch von Eliten reduziert.“ Er hat Recht. Konzern-Lobbyisten formulieren Gesetze, Minister werden nahtlos Konzernchefs und umgekehrt, existenzielle Entscheidungen werden in geheimen Elitezirkeln getroffen und anschließend dem Volk „kommuniziert“. Zunehmend wird Demokratie auf formale Regeln der Akklamation reduziert.

Gegenwärtig werden bei einem Runden Tisch Forderungen von Menschen nach Entschuldigung und Entschädigung verhandelt, die in kirchlichen und staatlichen Fürsorge-Einrichtungen ausgebeutet, gedemütigt und misshandelt wurden – vor einem halben Jahrhundert. Meines Erachtens müssten diese Forderungen auch für die gelten, die durch staatliche Maßnahmen systematisch benachteiligt und geschädigt werden.

Einwände

Das sind gewichtige Anklagen und natürlich gibt es gegen sie gewichtige Einwände: Es wird doch schon so viel gegen Kinderarmut getan! Wir müssen doch erst erwirtschaften, was verteilt werden soll! Wir haben doch einen sozialen Rechtsstaat und ein BVG, das darüber wacht! Ist es so?

Zum ersten Einwand: Gerade ist das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung zu Ende gegangen. Es gab 40 „Leuchtturmprojekte“, mit Plätzchenbacken mit Frau von der Leyen, Sommer-Camps und Tanzperformance. So weit die Show fürs geneigte Publikum. Die reale Politik schafft demgegenüber die harten Fakten – und die sehen ganz anders aus.

Schauen wir das Sparpaket an, das dazu beitragen soll, die massiv wachsenden Schulden Abzutragen. Es geht dabei um die wichtige Frage, wer die enormen Kosten der Finanzkrise in den nächsten Jahren tragen soll: Die Verursacher und Profiteure oder die breite Bevölkerung und die ohnehin Benachteiligten? Sie wissen es bereits,

die Regierung hat sich entschieden und die Last vor allem den Armen aufgebürdet – mit der Folge, dass sich Familienarmut weiter ausbreitet. Beschlossen wurde

- Anrechnung von Einkommen bei Hartz IV,
- Streichung von Zuschlägen beim Übergang in ALG II,
- Kürzung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik,
- Wegfall der Beitragszahlungen der BfA in die Rentenkasse und
- Streichung des Elterngeldes, das schon 2007 zugunsten der Gutverdiener wesentlich verringert worden war.

Das also ist die Realpolitik, die Bekämpfung der Kinderarmut. In dieselbe Sparte symbolischer Politik gehört der „Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“. Dieser umfasste den Zeitraum von 2005 bis 2010 und enthielt sicher auch gut klingende Projekte. Aber war in dieser Zeit nicht noch etwas Anderes? War da nicht Hartz IV, das Gesetz, das nach Berechnungen des DPWV die Kinderarmut verdoppelt hat? War da nicht auch die energische Durchsetzung der Agenda 2010 mit dem Ziel des neoliberalen Umbaus – also Arbeit verbilligen, Konzerne, Reiche und Banken fördern? Das Ergebnis, die krasse Spaltung in Arm und Reich, ist der Boden, auf dem die menschenfeindliche Hetze von Sarrazin, Heinsohn, Koch und Westerwelle gedeihen.

Übrigens werden Sie keine Aussage eines verantwortlichen Politikers/Politikerin finden, die auf die Beseitigung der Armut zielt. Denn sie wissen natürlich, dass Kinderarmut eine notwendige Folge dieser Politik ist. So predigen sie die große Bedeutung eines warmen Mittagmahles und loben die Tafeln, also Almosen. Die Politik ist aber keineswegs bereit, die Grundlagen der Verteilung zu ändern.

Zum zweiten Einwand: Erst muss erwirtschaftet werden, was verteilt werden soll. Das ist die gute alte Pferdeäpfel-Theorie: Gib den Pferden gut zu fressen, dann fällt hinten für die Spatzen auch was ab. Leider ist die Theorie genauso Mist wie die Pferdeäpfel. Denn erwirtschaftet wird viel, die Produktivität steigt, die Gewinne auch. Und was wird verteilt?

Von Jahr zu Jahr steigt die Kluft bei Einkommen und Vermögen; mit gerechter Verteilung hat das nicht zu tun. Schauen wir es genauer an:

- Die „untere“ Hälfte der Bevölkerung hat gar kein Vermögen oder sogar Schulden.
- Ein Prozent, die Reichsten, besitzen ca. ein Viertel des Gesamtvermögens. Von 2002 bis 2007 haben sie ca. 150 Mrd. zusätzlich erlangt.
- Im selben Zeitraum hat 70 % der Bevölkerung 15 % verloren; derzeit hat sie 8 %.

Aber es werden doch Arbeitsplätze geschaffen! Es gibt ja derzeit ein Job-Wunder! Wie alle Wunder muss auch dieses differenziert betrachtet werden:

- Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen unter 25 Jahren ist prekär beschäftigt (Leiharbeit, befristete Stelle ABM etc.).
- Fast die Hälfte aller Neueinstellungen ist befristet.
- 25 % der Bevölkerung lebt inzwischen von Hartz IV oder Niedriglohn. Die Zahl der Niedriglöhner ist in den letzten zehn Jahren um 2,3 Millionen gestiegen.

Während die Quoten der Prekarität ständig gestiegen sind, wurde

- die Vermögensteuer abgeschafft,
- der Spitzensteuersatz herabgesetzt,
- die Unternehmensteuern halbiert,
- die Erbschaftsteuer gesenkt.

Die Politik hat also für die Ihren gut gesorgt. Und sie sorgt übrigens auch für einen neuen Ausgleich zwischen den Generationen: Nicht nur die Kinderarmut hat Rekordhöhe erreicht – auch eine neue Altersarmut entsteht und wird enorm wachsen.

Zum dritten Einwand: Aber der soziale Rechtsstaat! Das BVG! Bei unserem Kongress vor einem Jahr haben wir mit Spannung auf das Hartz-IV-Urteil des BVG gewartet, vielleicht auch mit Hoffnungen. Wir haben zusammen mit anderen Gruppen demonstriert und wir hatten auch das BVG mit unseren Forderungen zur Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates behelligt. Unsere Antwort würde beim Urteil berücksichtigt, hieß es von dort. Lesen Sie das Urteil genau, es lohnt sich. Darin wird der soziale Rechtsstaat auf die „Sicherung der physischen Seite des Existenzminimums“ zurechtgestutzt. Sogar bei einem viel niedrigeren Satz für ein Schulkind sei „nicht ersichtlich, dass dieser Betrag nicht ausreicht, um das physische Existenzminimum zu decken“. Und inzwischen hat es für Recht befunden, dass das Kindergeld und sogar Taschengeldgeschenke der Großeltern auf den Regelsatz angerechnet werden können. Bei besonderem Bedarf hat der Bedürftige auf das „Einsparpotential“ zurückzugreifen.

Mit keinem Wort ging das BVG auf die Errungenschaft des sozialen Rechtsstaates ein, das den Erfahrungen der Weimarer Verfassung und des Faschismus in Abhebung vom bloß liberalen, bürgerlichen Rechtsstaat in der Verfassung festgeschrieben wurde: Die aktive Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist nicht beliebig, sondern bindend. Und vor allem: Der Staat hat die Verpflichtung, die reale Geltung der Grundrechte für alle durchzusetzen; denn bloß formal gleiches Recht wird zum Recht des Stärkeren, der „Elite“ oder auch der „Leistungsträger“.

Kleine Anmerkung zu den selbsternannten „Leistungsträgern“: In einer Studie hat der Think-Tank New Economics Foundation NEF eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt und den gesellschaftlichen Nutzen bzw. Schaden verschiedener Berufsgruppen verglichen: Investment-Banker und VIP-Steuerberater einerseits, Krankenschwestern, Müllwerker und Erzieherinnen andererseits. Der Schaden für die Gesellschaft überstieg bei der einen Gruppe den Nutzen um ein Vielfaches – erraten Sie, bei welcher? Die Verhältnisse waren bei der anderen Gruppe genau umgekehrt: Lohn an der Armutsgrenze, hoher Nutzen für die Gesellschaft. So viel zur deutschen Debatte „Leistungsträger“ gegen Unterschicht.

Was tun?

Immer wieder werden wir gefragt: Was wollt ihr denn tun angesichts der Ungerechtigkeit? Wollt ihr mehr Geld für die Familien oder mehr Bildung? Ich antworte erst mal: natürlich beides. Vor allem müssen aber die Macht- und Einkommensverhältnisse geändert werden, denn ohne radikale Änderungen wird die

Kinderarmut nicht zu beseitigen sein. Ziel ist nach wie vor die Abschaffung der Kinderarmut – sie ist in einer reichen Gesellschaft einfach ein Skandal. Und wir reden hier von der Beseitigung der Ursachen und nicht der Linderung der Folgen. Und das Ziel ist zweitens Umverteilung, um mehr Gerechtigkeit und Gleichheit und auch Geld für die Armen zu haben.

Die Verwirklichung dieser Ziele scheitert nicht an Geld. Eine Kinder-Grundsicherung würde etwa ein Viertel davon kosten, was die Regierung an Kapitalspritzen und Bürgschaften in die Hypo Real Estate hineingepumpt hat. Zur Notwendigkeit und Realisierbarkeit der Umverteilung liegen auch wissenschaftliche Konzepte vor.

Was fehlt, ist der politische Wille. Und was natürlich auch fehlt, ist die demokratische Kraft, die der Macht der wirtschaftlich-politischen Elite etwas entgegenstellen könnte. Aber wir können die Herstellung von Gerechtigkeit nicht der Elite überlassen, die Realisierung der Menschenrechte nicht dem Goodwill der Oligarchen. Und wir können die Regierung auch nicht bitten, die Ursachen der Kinderarmut zu beseitigen.

„Glauben Sie allen Ernstes, dass die Elite die Macht freiwillig aufgeben wird?“, fragte mich ein Professor, mit dem ich über Staatsrecht diskutierte. Die Frage ist rhetorisch. Es wäre verrückt und selbstzerstörerisch, einen Machtkampf mit der staatlichen Gewalt einzugehen. Wir haben nur begrenzte Möglichkeiten, die aber eine Kraft entfalten können:

- **Aufklärung,**
- **Aufbau von Legitimationsdruck und**
- **Aktionen bis hin zum gewaltfreien Widerstand.**

Wir wollen weiterhin Veranstaltungen durchführen, in Aufsätzen, Artikel und blogs über die Lügen aufklären und über die Profiteure und ihre Methoden. Wir wollen uns nicht damit begnügen, dass uns eine Scheinwelt von funktionierender Demokratie und sozialem Rechtsstaat vorgegaukelt wird – wir wollen sie auf ihre Behauptungen festnageln. Eigentum verpflichtet? Das Wohl der Kinder hat absoluten Vorrang? Das sind doch Lügen!

Wir werden auch Aktionen durchführen, um die Probleme und die Lösungsmöglichkeiten in der öffentlichen Aufmerksamkeit zu halten. Natürlich wollen wir auch dafür sorgen, dass die Karlsruher Leitlinien schnell umgesetzt werden, mit festen Fristen und Kontrollen.

Die Elite handelt nach der Maxime: Besser reich und gesund als arm und krank. Die Regierung versagt der Bevölkerung Gerechtigkeit und Respekt – und die Bevölkerung verweigert ihnen das Vertrauen. Sie werden sich was überlegen müssen. Und wir werden was tun müssen.

Georg Rammer, Januar 2011